



Wir müssen die Zukunft des Buches sichern

Wir müssen die Zukunft des Buches sichern
Geistige Basis unserer Gesellschaft
Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder hat sich in der "WELT am Sonntag" (Ausgabe 24. Februar 2013) zur Zukunft des Buches geäußert. In dem Beitrag bekennt er sich unter anderem zur Buchpreisbindung. Der Beitrag hat folgenden Wortlaut:
"Das digitale Zeitalter gefährdet die Existenzgrundlage der Autoren, Verlage und Buchhändler. Das darf uns nicht egal sein. Das Buch muss eine Zukunft haben, es ist geistige Basis unserer Gesellschaft. Kultur hat sich immer gewandelt. Auch die Literatur hat sich über die Jahrhunderte stets erneuert. Das gilt selbstverständlich auch für den Weg, auf dem die Werke die Leserschaft erreichen. Ich kann mich beispielsweise noch gut daran erinnern, wie früher jede Zeitung, die etwas auf sich hielt, einen Fortsetzungsroman abgedruckt hat. Manche Leser haben die Blätter jeden Tag sorgfältig ausgerissen und zusammengelegt, dass am Ende eine Roman-Loseblattsammlung herauskam. Heute sucht man solche Romane vergeblich. Kultur und ihre Verbreitung ändern sich. Das ist natürlich und muss auch so sein. Momentan erleben wir aber eine Entwicklung, die traditionelle Formen der Kultur so massiv bedrängt, dass die Existenzgrundlage von vielen Künstlern infrage gestellt wird. Die Probleme der Musikbranche in der digitalen Welt sind schon hinlänglich beschrieben worden. Die Medienkultur ist in einem rasanten Wandel, wobei man sich als Politiker schon mit Bangen fragt, welche Folgen dies für die Demokratie hat. Politik braucht die Vermittlung durch die Medien, wie auch deren Kritik. Im Umbruch ist auch der Literatur-Betrieb. Von den Verlagen und den Buchhändlern, aber auch den Autoren erreichen uns in letzter Zeit zunehmend besorgte Äußerungen. Immer mehr Leser nutzen das E-Book. In den USA liegt der Marktanteil bereits bei über 20 Prozent. Der Online-Buchhandel boomt. Vor allem deshalb hätten die einzelnen stationären Buchhändler deutliche Umsatzeinbußen zu verzeichnen, ist zu erfahren. Viele Buchhändler schließen gar. Diese Entwicklung kann uns nicht egal sein. In Zeiten von Youtube und Facebook sollten wir in Deutschland weiter die Grundlagen für die vielfältige Welt des Buches erhalten. Wir könnten ansonsten viel verlieren. Das Buch war für mich immer der Ort, an dem die menschliche Existenz, die Gesellschaft am eindringlichsten beschrieben werden konnten. Ich sage das bewusst, auch als großer Anhänger des Theaters und des Films. Das Buch muss eine Zukunft haben. Und diese Zukunft muss uns auch in der Politik beschäftigen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich Ende April auf einer eigenen Veranstaltung dem Thema zuwenden. Schutz durch Buchpreisbindung
Einen Schlüssel für den Schutz der Literatur sehe ich in der Verteidigung der Buchpreisbindung. Sie muss bleiben. Immer noch halte ich das Argument für überzeugend, dass die Buchpreisbindung Voraussetzung für ein breites Angebot der Verlage ist. Wäre etwa der Preis für einen Bestseller frei verhandelbar, würden sicher dessen Preise zurückgehen - und damit letztlich auch die Erlöse der Verlage. Wenn die Verlage behaupten, dass sie dann nur noch wenige "Experimente" mit jungen Autoren eingehen könnten, kann ich dies nachvollziehen. Die Buchpreisbindung schützt aber vor allem die kleineren Buchhändler. Denn beim Buchkauf ist momentan nicht der günstigste Preis entscheidend. Wenn überall der Preis gleich ist, zählt für die Leser umso mehr die Beratung. Hier sind oft die kleineren Buchhändler unschlagbar. Mit ihren Leseveranstaltungen tragen sie auch darüber hinaus zum Erhalt unserer Kultur bei. Wenn es nun Befürchtungen gibt, dass die Buchpreisbindung bei E-Books aufgebrochen werden könnte, so müssen wir dies auch von politischer Warte genau beobachten. Die Lage scheint hier noch nicht klar zu sein. Wir hören Berichte über angebliche Bestrebungen eines großen Onlinehändlers, die Buchpreisbindung bei E-Books unterlaufen zu wollen. Dies muss verhindert werden. Interessenausgleich zwischen Urheber und Nutzer
Ich weiß, dass sich die Buchbranche mehr wünscht. E-Books sollten nur noch mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz belastet werden. Das ist nachvollziehbar, da dies Buchpreise verringern würde. Allerdings würde auch diese Reduzierung langfristig die öffentlichen Haushalte nicht unerheblich belasten. Wir leben in einer Zeit, in der der Staat seine Budgets endlich in Ordnung bringen muss. Dieses Ziel können wir nicht durch weitere Ausnahmen bei der Mehrwertsteuer gefährden, so wichtig die Kultur auch ist. Meines Erachtens ist ein anderer Punkt für die Zukunft des Buchs auch viel wichtiger. Die Bewahrung der Grundsätze des Urheberrechts, gerade angesichts des stetig wachsenden Anteils der E-Books. Unsere Fraktion hat dazu schon vor einiger Zeit Vorschläge für eine Weiterentwicklung des Urheberrechts im digitalen Zeitalter gemacht. Ihr Grundgedanke ist ein Interessenausgleich zwischen den Rechten der Urheber und Nutzer. Es gibt eine Grenze: Die Urheber dürfen aber auf keinen Fall so entrechtet werden, dass ihre Existenzgrundlage gefährdet wird. Das digitale Buch bietet neue Möglichkeiten
Der Wert des geistigen Eigentums wird wenig geschätzt. Das ist leider ein weltweiter Trend. Heute teilen die Nutzer millionenfach Musik und Videos, ohne dass die Künstler in irgendeiner Form noch etwas davon haben. Aber der Kreative muss von seiner Arbeit leben können. Buchautoren sind schon heute nicht auf Rosen gebettet. Und mancher Verleger ist eher ein Liebhaber der Kunst als ein auf Gewinn ausgerichteter Unternehmer. Das bedeutet nicht, dass sich die Welt des Buches nicht weiterentwickeln muss. Natürlich kann auch im "Selbstpublizieren" im Internet eine Chance auf neue Formen der Verbreitung von Inhalten liegen. Das digitale Buch bietet Möglichkeiten, dass das Buch oder besser das E-Book crossmedial wird - ähnlich wie die Apps mancher Zeitungen und Magazine. Doch eines darf nicht aus dem Blick geraten: Die Politik muss darauf achten, dass Grundlagen erhalten bleiben, die die Existenz von Autoren, Verlagen und Buchhändlern erlauben. Wir erhalten uns damit nicht mehr und nicht weniger als ein gutes Stück der geistigen Basis unserer Gesellschaft."
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/227-52267
Telefax: 030/227-56115
Mail: fraktion@cducsu.de
URL: <http://www.cducsu.de>  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=523759 width="1" height="1">

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

CDU Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.